

**SEMINAR FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK
DER UNIVERSITÄT FREIBURG / SCHWEIZ**

**GLOBALISIERUNGSKRITIK I :
DIE ÄNGSTE DER REICHEN LÄNDER**

**Am Beispiel des Buchs "Die Globalisierungsfalle"
von Martin und Schumann**

von Henner Kleinewefers

FREIBURG 2002

INHALT

	Seite
I. Einleitung	1
II. Globalisierung oder : Die Welt in den Händen der Finanzmärkte	3
III. Globalisierungskritik in den reichen Ländern	7
1. Folgen für die Wirtschaft	8
2. Folgen für die laufende Politik	11
3. Folgen für die Gesellschaft	12
4. Folgen für das politische System	14
IV. Die Schwellenländer : Konkurrenten und Vorbilder	16
V. Abgeschriebene Dritte Welt	19
VI. Die Folgen der Globalisierung für das Weltsystem	20
VII. Die Vorschläge der Globalisierungskritiker : Festung Europa	22
Verzeichnis der zitierten Literatur	23

I. EINLEITUNG

Die Globalisierung betrifft im Prinzip alle Lebensbereiche aller Menschen in einer immer enger vernetzten Welt. Hingegen wissen wir immer noch recht wenig darüber, wie genau einzelne Menschen, Gruppen, "Klassen" oder Länder in welchen Lebensbereichen heute schon tatsächlich von der Globalisierung betroffen sind, bzw. in absehbarer Zukunft betroffen sein werden.

Diese Ungewissheit kann als Offenheit und damit als Chance begriffen werden; aber vielen Menschen macht sie einfach Angst, wie dies in vergleichbaren Umbruchzeiten immer schon gewesen ist. Verlustangst und daraus folgende Risikoaversion dürften evolutionsgeschichtlich wesentlich älter sein als Unternehmungslust und Risikofreude, denn während der längsten Zeit der menschlichen Stammesgeschichte bedeutete schon ein kleiner Verlust den Tod, ein Gewinn hingegen nur eine temporäre Erhöhung des Komforts.

Die immer noch ziemlich grosse Unkenntnis der tatsächlichen Wirkungen der Globalisierung bewirkt, dass hier - plakativ gesprochen - einstweilen noch fast jeder fast alles behaupten kann; und die weitverbreiteten Ängste führen zu einer beträchtlichen Emotionalität, um nicht zu sagen, Aggressivität der Debatte, für die sich auch Massen mobilisieren lassen. Unter diesen Umständen ist es schwierig, über "die" Globalisierungskritik zu schreiben. Die Zahl der Argumente und Gegenargumente ist Legion, jeden Tag kommen neue dazu. Aber es mangelt an Systematik sowie an analytischem und empirischem Tiefgang, und es wird noch lange dauern, bis die tatsächliche Entwicklung das endgültige Urteil fällen und damit in dieser Diskussion die Spreu vom Weizen trennen wird.

Die Globalisierungskritik hat, wie gesagt, viele Facetten. Aber bei näherer Betrachtung begegnet man zumindest in der ökonomischen Globalisierungskritik drei alten Bekannten jeder Marktwirtschaftskritik der letzten Jahrzehnte : dem Stabilitätsproblem, dem Umweltproblem und vor allem dem Verteilungsproblem in allen seinen Spielarten. Demgegenüber betonen die Globalisierungsbefürworter die davon erwarteten Effizienz- und Wachstumsgewinne. Damit werden auch im Globalisierungsstreit Positionen bezogen, die aus der Auseinandersetzung um die Marktwirtschaft seit langem vertraut sind.

Tatsächlich weist die Globalisierungskritik drei wenig erfreuliche Eigenschaften auf. *Erstens* sind ihre Aussagen denjenigen früherer wirtschaftskritischer Debatten ausserordentlich ähnlich. Darauf wird im folgenden an besonders interessanten Stellen hingewiesen, ohne jedoch die früheren Debatten im Detail wieder

aufzurollen.¹ Man wird jedenfalls den Eindruck nicht los, dass die alte sozialistische, ökologische und christlich-soziale Wirtschaftskritik einfach einen neuen Namen erhalten hat, nachdem sie wegen den vor allem durch die Wende von 1989/90 veränderten Verhältnissen unter der alten Marke nicht mehr verkäuflich war. *Zweitens* ist das Theorie- und Empiriedefizit der Globalisierungskritiker im allgemeinen sehr gross. Auch auf diese Defizite wird im folgenden nur bei besonders wichtigen Punkten hingewiesen. *Drittens* schliesslich sind die konkreten Vorschläge der Globalisierungskritiker dürftig. Nichts davon ist neu. Die Zukunft soll durch den Weg zurück in den Wohlfahrts- und Interventionsstaat der sechziger und siebziger Jahre bewältigt werden. Der Kontrast zwischen der resignierten Wut der Globalisierungskritiker und dem konstruktivistischen Elan früherer Wirtschaftskritiker könnte kaum grösser sein - und wirft ein deutliches Licht darauf, wie sehr die Globalisierung die Welt tatsächlich bereits verändert hat.

Globalisierungskritiker gibt es in den reichen und in den armen Ländern. Aber die Globalisierung bedeutet für diese beiden Ländergruppen doch recht Unterschiedliches. Es erscheint daher sinnvoll, die Globalisierungskritik einmal aus der Perspektive der reichen Länder und einmal aus der Perspektive der armen Länder zu referieren.² Um der Uferlosigkeit der Debatte zu entgehen, werden beide Perspektiven anhand je eines repräsentativen und viel diskutierten Buchs abgehandelt. Für die Globalisierungskritik aus der Perspektive der reichen Länder wird in diesem Aufsatz das Buch "Die Globalisierungsfalle" von Hans-Peter Martin und Harald Schumann zugrunde gelegt.³ In einem weiteren Aufsatz wird das Problem aus der Perspektive der armen Länder anhand des Buchs "Die Schatten der Globalisierung" von Joseph Stiglitz⁴ beleuchtet.

Das Buch von Martin und Schumann ist für die öffentliche (nicht für die wissenschaftliche) Diskussion des Themas so charakteristisch, dass man zumindest im deutschen Sprachraum daran nicht vorbeikommt. In dem Buch wird eine beeindruckende Liste von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politi-

¹ Vgl. dazu Kleinewefers (1985). Das Buch ist aus heutiger Sicht in manchen Punkten veraltet, gibt aber den damaligen Stand der Debatte über die Marktwirtschaft und ihre Alternativen ausführlich wieder. Auch dazu war die Literatur uferlos.

² Die Schwellenländer werden üblicherweise wirtschaftlich als die grossen Gewinner der Globalisierung angesehen. Eine Globalisierungskritik aus ökonomischer Sicht scheint sich daher für diese Länder zu erübrigen. Ganz so sicher ist das allerdings nicht. Denn man kann die Meinung vertreten, dass sie in Form von Stabilitäts-, Umwelt- und Verteilungsproblemen schon einen hohen ökonomischen Preis für ihr Wachstum bezahlen, von den gesellschaftlichen und kulturellen Opfern ganz zu schweigen. Insofern ähnelt die Perspektive der Schwellenländer derjenigen der armen Länder, jedoch gemildert durch den zunehmenden wirtschaftlichen Wohlstand.

³ Hans-Peter Martin und Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, 352 S., Reinbek 1998. Im Text zitiert als MS und Seitenzahl.

⁴ Stiglitz (2002) und dazu Kleinewefers (2002b).

schen Übeln vorgeführt, für die ohne viel Federlesens die Globalisierung verantwortlich gemacht wird. Dabei wird bei weitem überwiegend die Perspektive der reichen Länder eingenommen. Als Anwendungsbeispiele dienen im allgemeinen Europa und im speziellen Deutschland. Die Perspektiven der armen Länder und der Schwellenländer spielen in dem Buch eine völlig untergeordnete Rolle und werden dementsprechend hier mit derselben (Unter)Gewichtung mitbehandelt. Abschliessend wird auf die von den Autoren vermuteten Folgen der Globalisierung für das Weltsystem als Ganzes und auf ihre Therapievorschläge eingegangen.

II. GLOBALISIERUNG ODER : DIE WELT IN DEN HÄNDEN DER FINANZMÄRKTE

Globalisierung bedeutet im Prinzip auch für Martin und Schumann die Entwicklung eines einheitlichen Weltmarkts für Waren, Dienstleistungen und Kapital mit der Folge einer enorm gesteigerten *direkten* Konkurrenz auf diesen Märkten und einer dadurch zugleich auch enorm gesteigerten *indirekten* Konkurrenz auf allen übrigen Märkten, insbesondere auf den Arbeitsmärkten und unter den Standorten. Die letzten Ursachen der Globalisierung sind die technischen Fortschritte im Transport-, Informations- und Kommunikationswesen sowie die Freihandelspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg,⁵ insbesondere die Deregulierung der internationalen Geld-, Kapital- und Währungsmärkte.

Zentral für ihre Argumentation ist aber die Rolle der internationalen Finanzmarkte⁶, wobei sie im allgemeinen nicht zwischen Märkten für kurz-, mittel- und langfristiges Geld sowie Direktinvestitionen unterscheiden. Die implizite Begründung dafür dürfte sein, dass diese Märkte eng miteinander zusammenhängen und dass über formell langfristige Gelder erforderlichenfalls oft ebenso schnell disponiert werden kann und auch wird wie über kurzfristiges Geld. Die Argumentation geht jedenfalls von den (vermuteten bzw. behaupteten) Eigenschaften der kurzfristigen internationalen Finanzmärkte aus.

Die fundamentale Bedeutung der kurzfristigen internationalen Finanzmärkte resultiert daraus, dass sie die Renditebenchmark für sämtliche Kapitalanlagen weltweit setzen. Wo die Benchmark übertroffen wird, dorthin geht das Geld, und wo sie nicht erreicht wird, von dort wandert das Geld ab, und zwar jeweils in riesigen Mengen und sehr schnell. Auf dieser Welt mag vieles andere vorläufig noch sehr verschieden sein, die Renditen sind überall dieselben. Sie erzwingen die Angleichung auch aller übrigen relevanten ökonomischen Parameter und

⁵ Vgl. dazu Kleinewefers (2002a)

⁶ Vgl. dazu auch Aschinger (2001), insbesondere Kapitel 2.

untergraben dadurch die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Autonomie der verschiedenen Länder.

Das wären eigentlich alles empirische Aussagen. Man wundert sich infolgedessen, dass es dazu keinerlei Zahlen gibt. Man wundert sich auch, dass der Unterschied zwischen dem eigentlichen Zins und dem Risikozuschlag nirgends thematisiert wird. So fällt es dann leicht, hohe Renditen mit Ausbeutung gleich zu setzen. Aus theoretischer Sicht kann es nur zu einer Angleichung der Renditen für Anlagen mit gleichen Risiken kommen und dies auch nur bei effizienten Märkten.

Die mangelhafte Differenzierung erleichtert eine Dämonisierung der internationalen Finanzmärkte und der auf ihnen tätigen Akteure. Dies belegt eine grosse Zahl von einschlägigen Aussagen, von denen im weiteren eine repräsentative Auswahl zitiert wird :

"Als seien sie von unsichtbarer Hand gesteuert, unterworfen sich die Regierung der Supermacht USA, der einst allmächtige IWF und alle europäischen Notenbanken dem Diktat einer höheren Gewalt, deren Zerstörungskraft sie gar nicht mehr einschätzen können : dem internationalen Finanzmarkt." (MS 70)

Michel Camdessus (IWF) wird betreffend die Akteure auf den internationalen Finanzmärkten gleich zweimal wie folgt zitiert : "Die Welt liegt (bzw. ist) in den Händen dieser Burschen." (MS 70 bzw. 260)

Die Rede ist von einer neuen politischen Klasse auf der Weltbühne der Macht, und gemeint sind damit die frei von staatlichen Kontrollen global agierenden Devisen- und Wertpapierhändler, Investment- und Pensionsfonds und dergleichen. (MS 71, 78, 81) Nicht zuletzt gehören auch die Rating-Agenturen dazu, die die Länder nach den Massstäben der Reichen bewerten und damit auch zu einer Politik im Sinne der Reichen zwingen. (MS 99)

Die Politik spielt also nur noch "die Rolle des machtlosen Zuschauers" (MS 71), der die Befehle der internationalen Hochfinanz ausführt.

"Der Anschluss ans internationale Finanzsystem kommt für die betroffenen Länder einem faustischen Pakt gleich. ... Zunächst verschafft er der Regierung Zugang zu den global verfügbaren Kapitalreserven. ... Doch der Eintritt in die Sphäre der Weltfinanzen muss teuer bezahlt werden : mit der Unterwerfung unter das Gesetz der Zinshierarchie und der Auslieferung an Mächte, von denen die meisten Wähler kaum eine Vorstellung haben." (MS 96)

"Je abhängiger die Staaten vom Wohlwollen der Anleger werden, um so rücksichtsloser müssen die Regierungen eine ohnehin privilegierte Minderheit begünstigen : die Besitzer von Geldvermögen." (MS 91)

"Belohnt wird, wer den (Kapital-)Starken die besten Bedingungen schafft. Strafe droht jeder Regierung, die sich diesem Gesetz des Dschungels in den Weg stellt." (MS 91)

Es kommt zu einem "Sturmangriff auf Gewerkschaften und Sozialstaat" (MS 102), zu einem "Wettlauf um niedrige Steuern (und) sinkende Staatsausgaben", zum "Verzicht auf sozialen Ausgleich" und sogar zu einer "globalen Umverteilung von unten nach oben" (MS 91).

Denn : "Die professionellen Geldverwalter ... können heute alles in Frage stellen, was in hundert Jahren Klassenkampf und Reformpolitik an sozialem Ausgleich mühsam erkämpft worden ist." (MS 102)

Die Existenz von Off-Shore-Plätzen verschlimmert die Situation, indem sie Steuerflucht, Kapitalflucht, Finanz- und andere Kriminalität und Geldwäscherei ermöglicht und die Kontrolle der Regierungen über die internationalen Geldgeschäfte weiter schwächt. (MS 91ff.)

Dabei besteht wegen der grossen Gefahr von Systemrisiken⁷ eigentlich ein entsprechender Bedarf nach einem regulierenden und notfalls einspringenden Staat. "Aber bald schon könnte auch der Ruf nach dem Staat ins Leere zielen. Denn die Internationale der Hochfinanz untergräbt unentwegt, worauf sie im Krisenfall am dringendsten angewiesen ist : die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten und ihrer internationalen Institutionen. ... Am gleichen Ast sägt auch die zweite Gruppe der neuen selbst ernannten Weltenlenker im Zeichen der Globalisierung : die Dirigenten der transnationalen Konzerne aller Sparten." (MS 136)

Kein Wunder, schauen Martin und Schumann nostalgisch auf die gute alte Zeit der Kapitalverkehrskontrollen, des Bretton Woods Systems oder auch des europäischen Währungssystems zurück und beklagen dessen Ende. "So endete nach 14 Jahren der westeuropäische Stabilitätspakt mit einem Dutzend verlorener Abwehrschlachten, die Europas Notenbanken und damit letztlich auch die Steuerzahler - vorsichtig geschätzt - an die 100 Milliarden Mark kosteten. Gleichwohl wollen die Anhänger des freien Weltmarkts darin nichts Unrechtes erkennen. Deren einflussreichster Verfechter in Deutschland ist der Chef der Bundesbank selbst, Dr. Dr.h.c. Hans Tietmeyer. ... Der freie Kapitalverkehr ver helfe da nur unausweichlichen wirt-

⁷ Vgl. dazu Aschinger (2001).

schaftspolitischen Anpassungen zum Durchbruch. ... Der Fehler (liege) im Zweifel immer bei der Politik." (MS 89) Damit masst sich "der grenzenlose Finanzmarkt" an, "universale Quelle des Wohlstands und Hüter der ökonomischen Weltvernunft" zu sein. (MS 91)

Martin und Schumann sehen es umgekehrt und empfehlen die Rückkehr zu regulierten internationalen Finanzmärkten im allgemeinen und Kapitalverkehrskontrollen, die Tobin-Steuer⁸ sowie eine Steuer auf Kredite an ausländische Banken im besonderen, um die Spielräume für eine nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzuerobern. (MS 118ff.)

Soweit einige Muster der Kritik. Es gäbe da allerdings noch ein paar Fragen zu den empirischen und theoretischen Grundlagen, die durch die eingängigen Formulierungen nicht überspielt werden können. Und ausserdem : diese Argumente hören wir beileibe nicht zum ersten Mal.

Die meisten Länder haben von der Ausbeutung durch internationale Hochfinanz und Transnationale Konzerne und von den angeblichen desaströsen Konsequenzen des Verlusts der nationalen Autonomie noch nichts gemerkt, und die von Martin und Schumann herangezogenen Beispiele stützen eher die Annahme von Politikversagen und anschliessender Reaktion der Märkte als die umgekehrte Annahme von Marktversagen mit politischen Folgen. Dabei gehört zum Politikversagen auch ein fehlender oder unzweckmässiger rechtlicher Rahmen für das nationale Finanzsystem selbst. Zuzugeben ist allerdings, dass die Finanzmärkte überreagieren und dadurch die Probleme verschlimmern können.

Die verklärende Rückschau auf das Bretton Woods System und das europäische Währungssystem und die positive Bewertung von Kapitalverkehrskontrollen sind keineswegs gerechtfertigt. Würden Martin und Schumann z.B. den Zusammenbruch des Bretton Woods Systems näher studieren, worüber eine umfangreiche Literatur vorliegt⁹, so würden sie feststellen, dass hierfür die mangelhafte Bereitschaft sowohl der Überschuss- als auch der Defizitländer zu einer regelkonformen Geld- und Finanzpolitik verantwortlich war. Den Todesstoss versetzten schliesslich die USA dem System, indem sie es zur Finanzierung des Vietnam-Kriegs missbrauchten. Entsprechend würden Martin und Schumann feststellen, dass auch das europäische Währungssystem an den Unterschieden der nationalen Politiken seiner Teilnehmerstaaten zugrunde ging¹⁰ und dass die angeblichen finsternen Machenschaften der bösen Währungsspekulanten die Folge

⁸ Vgl.dazu Aschinger (2001), S. 331ff.

⁹ Vgl. für einen Überblick Bordo/Eichengreen (1993).

¹⁰ Vgl. z.B. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (1993), Eichengreen (1993), Smeets/Möller (1994), de Grauwe (1994).

der Erkenntnis dieser Unterschiede waren, also höchstens der (sekundäre) Anlass, aber nicht der (primäre) Grund für den Kollaps.

Theorien über die Schädigung der hart arbeitenden Menschen und ihrer demokratisch gewählten (oder durch die Partei als selbstlose Vorhut der Arbeiterklasse konstituierten) Regierungen durch die internationale Hochfinanz und die Transnationalen Konzerne ("Multis") sind nichts Neues. Auf der politischen Linken sind sie seit Jahrzehnten als Varianten der Imperialismustheorie bekannt, auf der politischen Rechten als Verschwörungstheorien der vaterlandslosen Internationale der Superreichen, beides häufig mit antisemitischen Unter- oder Obertönen. Martin und Schumann gehören zur linken Variante.

III. GLOBALISIERUNGSKRITIK IN DEN REICHEN LÄNDERN

Die Kritik an den Folgen der Globalisierung für die reichen Länder und die Empfehlung von Massnahmen aus deren Sicht stehen im Zentrum des Buchs. Eine gewisse Bedeutung haben dann nur noch die Ausführungen über die Konsequenzen für das Weltsystem als Ganzes, welches aber wiederum in erster Linie als Interaktion der reichen Länder begriffen wird. Daneben fällt die Behandlung der Schwellenländer ab, die vor allem als die grossen Profiteure der Globalisierung gesehen werden, vor denen man sich zu schützen habe. Die ganz armen Länder sind den Autoren nur einige kurze Bemerkungen wert. Sie müssen in Zeiten der Globalisierung anscheinend gänzlich abgeschrieben werden.

Diese Gewichtung ist signifikant für die Globalisierungskritik in den reichen Ländern. Es geht um die eigenen Ängste und deren Instrumentalisierung für politische Zwecke. Die übrige Welt wird vor allem als bedrohlicher Konkurrent erlebt (Mittel- und Osteuropa, Schwellenländer). Solidarität (möglichst auf Kosten der Reichen) wird nur denjenigen Armen dieser Welt versichert, von denen man als Konkurrenten nichts zu fürchten hat.

Konkurrenz¹¹ wird vor allem als Nullsummenspiel gesehen : Was die einen (Klassen, Länder) gewinnen, geht zu Lasten der anderen (Klassen, Länder)¹². Entspricht dies wirklich unseren Erfahrungen aus zweihundert Jahren seit der industriellen Revolution und den ersten Anfängen der Globalisierung ?

¹¹ Vgl. dazu Kleinewefers (1985), S. 363-402.

¹² Tatsächlich wird der Produktivitätseffekt erwähnt. Aber der Verteilungseffekt wird als so dominant angesehen, dass der Produktivitätseffekt an den Ergebnissen der Argumentation nichts ändert. (MS 317)

Die Globalisierungskritik in den reichen Ländern hat sehr viele Aspekte. Im folgenden wird versucht, sie in vier Abschnitten zu systematisieren. Überschneidungen sind dabei dennoch nicht ganz zu vermeiden.

1. Folgen für die Wirtschaft

Die zentralen Probleme, um die fast alles kreist, sind der behauptete Verlust von Arbeitsplätzen und die Einbussen von Lebensqualität und Lohn bei den meisten der verbleibenden Arbeitsplätze.¹³ Das Ergebnis wird eine 20/80-Gesellschaft sein, in der 20% der Arbeitskräfte hochqualifiziert sind und problemlos entsprechende Arbeitsplätze mit entsprechenden Löhnen finden, die es ihnen erlauben, sich einen von der übrigen Gesellschaft völlig abgehobenen Lebensstil und -standard zu leisten. Ihre Position wird dadurch abgesichert, dass sie einerseits für die Gesellschaft notwendig, andererseits aber mobil und überall gefragt sind. Die übrigen 80 % sind arbeitslos oder working poor, die sich mit einfachen und schlecht bezahlten Jobs oder Sozialhilfe über Wasser halten. Einen Mittelstand wird es nicht mehr geben, und das zentrale soziale und politische Problem wird darin bestehen, die 80 % durch Unterhalt und Unterhaltung so weit ruhig zu halten, dass die Gesellschaft nicht explodiert. Dazu wäre allerdings Geld erforderlich, das immer schwerer aufzutreiben ist, weil sich die mobilen Reichen der Besteuerung weitgehend entziehen können.¹⁴

Bevor diese Argumentation mit einer Reihe von direkten und indirekten Zitaten belegt und vertieft wird, sei angemerkt, dass sie keineswegs neu ist. Ab 1980 hat vor allem André Gorz (1980) in einer grossen Zahl von viel diskutierten Schriften die Zweidrittelgesellschaft vorausgesagt¹⁵ und - jenseits der damit zunächst verbundenen Probleme - als Chance für eine grundlegende ökologische und kulturelle Gesellschaftsreform begriffen. Nachdem 67/33 nicht eingetroffen ist und anscheinend auch die Phantasie nicht mehr anzuregen vermag, versuchen wir es nun einmal mit 20/80. Wenn Stimuli nicht mehr wirken, muss man sie verstärken.

"Wo immer die Produkte oder Dienstleistungen ... frei gehandelt werden, geraten die Beschäftigten in einen scheinbar unaufhaltsamen Strudel aus Entwertung und Rationalisierung." Und als Folge "schwindet in den führenden Nationen der Weltwirtschaft der Massenwohlstand rapide." (MS 145)

¹³ Vgl. dazu z.B. Fehn/Tode (1997), Bohnet/Schratzenstaller (2001) und für die Schweiz sehr ausführlich Arvanitis (2001).

¹⁴ Vgl. dazu z.B. Sinn (1997), Weede (1997), Pitlik (1999), The Economist (2000), Aufderheide/Dabrowski (2000), Bretschger/Hettich (2002) und Kellermann (2002).

¹⁵ Das Stichwort Zweidrittelgesellschaft wird auch im Buch erwähnt. (MS 14)

Die Ursache dafür ist die Konkurrenz aus den Billiglohnländern (MS 154), die durch die zunehmende Handelsfreiheit ermöglicht wird (MS 152).

"Nicht mehr die einzelnen Staaten und ihre nationalen Unternehmen bieten im Welthandel die Waren an, um anschliessend über die Verteilung des erzielten Gewinns innerhalb der Landesgrenzen zu verhandeln oder zu streiten. Stattdessen konkurrieren nun die Proletarier aller Länder um die Arbeit, die sie in der weltweit organisierten Produktion noch übernehmen dürfen." (MS 157)

"Die Konkurrenz in einer brutalen globalen Wirtschaft schafft einen globalen Arbeitsmarkt. Kein Job ist mehr sicher." (MS 147) Der Finanzmarkt diktiert "die Fortsetzung des gnadenlosen Rennens um mehr Effizienz und billigere Arbeit." (MS 174) "Die eigentlichen Produzenten sind nur noch ein Kostenfaktor, Spielfiguren ohne Rechte, die jederzeit an den Rand gedrängt werden können." (MS 176) Es gelingt den Arbeitgebern, "die Belegschaften gegeneinander auszuspielen, Standort gegen Standort." (MS 183) Und: "Gesellschaftliche Verantwortung kann sich ein Hochleistungsmanager im global organisierten Geschäft nicht mehr leisten". (MS 179) Die Finanzmärkte erzwingen das reine Shareholder-Value-Denken und -Handeln. (MS 180ff.)

Auch die Regierungen tragen unter dem Druck der internationalen Konkurrenz ihren Teil zur Katastrophe der Arbeitsmärkte bei. "Nach und nach (werden) alle noch staatlich gesteuerten und national begrenzten Monopol- oder Oligopolunternehmungen geschleift. Wettbewerb bedeutet alles, Jobs sind nichts". (MS 185) Deregulierung und Privatisierung führen zu einer weiteren Verunsicherung; denn "in Zeiten der Krise" bot der Staat früher "massenhaft sichere Arbeitsplätze." (MS 191)

Nicht einmal das Wirtschaftswachstum bietet Erleichterung. Denn die Produktivität wächst schneller als der Output, so dass es zu "jobless growth" kommt. (MS 157f.)

"Viele der verlorenen soliden Arbeitsplätze werden voraussichtlich durch Teilzeitstellen, Zeitarbeit auf Abruf und Niedriglohnjobs ersetzt." Dabei wird das Einkommen "deutlich geringer" sein. "Die 20/80-Gesellschaft rückt näher." (MS 147)

Die USA zeigen, wohin der Weg geht. Denn ein Wirtschaftswunder hat dort nicht stattgefunden. Vielmehr wurden die USA zum weltweit "grössten Billiglohnland", was für "mehr als die Hälfte der Bevölkerung" "Abstieg ohne Ende" bedeutet. Die Ungleichheit wird immer grösser. Solide Anstellungen werden durch sehr riskante Scheinselbständigkeit, Teilzeit und

Leiharbeit ersetzt. Die Zahl der working poor hat enorm zugenommen. (MS 160ff., insbesondere 165)

Der springende Punkt ist, dass Martin und Schumann alles das als bereits eingetretene Tatsachen verkaufen, nicht als unter bestimmten (offen zu legenden) Prämissen in Verbindung mit bestimmten (zu diskutierenden) Theorien abgeleitete Prognosen oder Möglichkeiten. Als empirische Aussagen über bereits eingetretene Folgen der Globalisierung sind die vorgebrachten Behauptungen jedoch fast alle nachweislich falsch.¹⁶

Es trifft auf Grund theoretischer Überlegungen und nach aller historischen Erfahrung nicht zu, dass der freie Handel den Wohlstand vermindert und Arbeitsplätze vernichtet.¹⁷ Das Gegenteil ist, zumindest auf mittlere und längere Sicht richtig, während es in der kurzen Frist zu Strukturwandel und - bei unflexiblen Märkten - zu Friktionsarbeitslosigkeit kommen kann. Dasselbe gilt für die kurz-, mittel- und langfristigen Folgen von Deregulierung und Privatisierung.

Jobless growth ist nicht einmal unter den Industrieländern ein weltweites, sondern allenfalls teilweise ein westeuropäisches Phänomen, dessen Ursachen folglich in den betroffenen Ländern und nicht in der Globalisierung zu suchen sind.¹⁸

Von generellen Einkommenssenkungen kann in den Industrieländern keineswegs die Rede sein. Das Gegenteil ist der Fall. Dies gilt insbesondere für die USA. Das Märchen, das Beschäftigungswunder in den USA sei nur einer Masse von Billigjobs zu verdanken und habe dementsprechend nur eine Masse von working poor zur Folge, wird durch seine ständige Wiederholung nicht wahrer. Auch hier trifft das Gegenteil zu.¹⁹ Im übrigen ist auch dieses Märchen nicht neu; es wurde vielmehr bereits Anfang der 80er Jahre erfunden, um die angebotsorientierte Politik der Administration Reagan zu diffamieren. Es wäre im übrigen auch nicht besonders plausibel, wenn die USA mit ihrem gewaltigen Binnenmarkt und ihrer immer noch vergleichsweise geringen Weltmarktmarkt-abhängigkeit von der Globalisierung besonders betroffen wären.

Zutreffend ist hingegen, nach allem was wir bisher wissen²⁰, dass durch die Globalisierung das unterste Qualifikationssegment des Arbeitsmarkts (noch mehr) unter Druck kommt (als ohnehin schon). Möglich, obwohl bisher als *generelle*

¹⁶ Vgl. Schulze/Ursprung (1999).

¹⁷ Vgl. Bhagwati (2002). Das infant industry Argument muss hier, wo es um die Argumentation aus der Perspektive der reichen Länder geht, nicht behandelt werden.

¹⁸ Vgl. z.B. Fehn (1997).

¹⁹ Vgl. OECD (2001).

²⁰ Vgl. dazu noch einmal z.B. Fehn/Tode (1997), Bohnet/Schratzenstaller (2001) und für die Schweiz Arvanitis (2001).

Tendenz noch nicht klar erwiesen, ist, dass die Verteilung zugunsten der obersten Einkommens- und Vermögensklassen ungleicher wird. Wenn es tatsächlich so wäre, dass die Masse der Bevölkerung von der Globalisierung etwa durchschnittlich profitiert, die untersten Einkommens- und Vermögensklassen hingegen unterdurchschnittlich und die obersten Einkommens- und Vermögensklassen überdurchschnittlich, dann wäre es ein ziemlich starkes und vermutlich nicht mehrheitsfähiges Werturteil, auf die Vorteile der Globalisierung zulasten der grossen Mehrheit und zugunsten einer kleinen Minderheit der Bevölkerung zu verzichten. Da gäbe es wohl bessere Massnahmen.

2. Folgen für die laufende Politik²¹

Die zuvor genannten Beschäftigungs- und Verteilungsprobleme werden dadurch verschlimmert, dass die nationale Politik in Zeiten der Globalisierung darauf nicht mehr reagieren kann. Wo sie nicht ihre Handlungsfähigkeit völlig verliert wie z.B. in der Geld-, Währungs-, Aussenhandels- und Konjunkturpolitik, muss sie sich darauf beschränken, als Erfüllungsgehilfe der durch die Globalisierung vorgegebenen Trends zu wirken. Dabei ist die Globalisierung kein anonymes Systemgeschehen; sie hat vielmehr erkennbare Gesichter, auch wenn sie sich hinter Sach- und Systemzwängen verstecken (MS 253ff.) : die internationale Hochfinanz und die Transnationalen Konzerne.

Zwar wird an einer Stelle (MS 215) festgestellt, dass der Anteil der Sozialausgaben am Budget bzw. Sozialprodukt (nach dem starken Wachstum von 1960 bis 1990) bis in die jüngste Zeit konstant geblieben ist. Allerdings sei er wegen Arbeitslosigkeit, sinkender Lohnquote und Konkurrenznachteilen infolge hoher Arbeitskosten auf die herkömmliche Weise mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen immer schwieriger zu finanzieren.

An vielen anderen Stellen hingegen wird die soziale Demontage auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite des Staats bereits als weit fortgeschrittene Tatsache hingestellt.²² "Errungenschaften" würden als (abzuschaffende) "Besitzstände" diffamiert. (MS 213) "Markt" gelte grundsätzlich als "gut", "Staat" hingegen als "schlecht". (MS 18) Das Ergebnis sei Deregulierung, Privatisierung und Abbau des Wohlfahrtsstaats, insbesondere der Sozial- und Bildungsausgaben; und an Stelle der Reichen und Mobilen, die sich der Besteuerung immer besser zu entziehen wüssten, müssten die Lasten immer mehr von den zu Begünstigten selbst getragen werden. Umverteilung von oben nach unten werde unmöglich; es gehe nun eher in die umgekehrte Richtung. Für die USA wird sogar "der vollständige

²¹ Vgl. dazu z.B. Attali (1997), Scharpf (1998), Schulze/Ursprung (1999) und Siebert (1998).

²² Vgl. dazu auch Berthold (1997) und Auferheide/Dabrowski (2000).

Verzicht auf ein Sozialsystem" (MS 312) behauptet. Race to the bottom also und wie üblich in den USA am weitesten fortgeschritten.

Wenn die Dinge auch effektiv übertrieben bzw., was das Sozialsystem der USA angeht, einfach falsch sind, so haben sie ansonsten doch einen wahren Kern. Globalisierung bedeutet mehr Konkurrenz auf allen Märkten und nicht zuletzt zwischen den Standorten. Mehr Konkurrenz bedeutet zusätzliche Restriktionen für nicht marktkonformes Verhalten und mehr Anreize für marktkonformes Verhalten der Politik. Offen bleiben dann aber immer noch zwei Fragen : Wie eng sind die Restriktionen wirklich ? Und : Soll man sich über diese neuen Restriktionen für die Politik(er) freuen oder grämen ?

Die race to the bottom These wird in der Literatur mit theoretischen und empirischen Argumenten überwiegend abgelehnt. Die Standortqualität ist ein Bündel von Eigenschaften, das auch soziale Sicherheit und sozialen Frieden umfasst und das im übrigen recht unterschiedlich zusammengesetzt sein kann. Stimmen muss nur der Saldo zwischen positiven und negativen Eigenschaften, zu denen auch die Belastungen für die positiven Eigenschaften gehören. Ein Standort mit vielen günstigen Eigenschaften darf auch einen entsprechend höheren Preis haben als ein Standort mit weniger günstigen Eigenschaften.²³ Da gibt es erhebliche Spielräume für die nationale Politik; nur ineffiziente Eigenschaftenbündel werden ausgeschieden, also Standorte, die weniger bieten, als sie kosten.

Über den Druck der Konkurrenz in Richtung eines produktions- und allokatons-effizienten Bündels von Standorteigenschaften wird sich freuen, wer mit grossen Teilen der Public Choice Literatur ein hohes Mass von Politikversagen und ein eher geringeres Mass von Marktversagen vermutet. Wer umgekehrt, von einem paternalistisch-wohlfahrtsstaatlichen Standpunkt aus, an ein hohes Mass von Marktversagen und ein geringes Mass von Politikversagen glaubt, wird sich darüber grämen. Es ist wichtig zu sehen, dass dieses Argument unabhängig von den konkret verfolgten Zielsetzungen ist. Der Staat, d.h. die Politiker und die Verwaltung, muss nicht nur etwas sollen; er muss es auch wollen, können und effizient tun.

3. Folgen für die Gesellschaft

Die Gesellschaft der alten Wohlfahrtsstaaten definiert sich als freiheitlich, demokratisch, rechtsstaatlich und solidarisch. Die Globalisierung wird jedoch den Mittelstand, der die tragende Schicht des Wohlfahrtsstaats war, deklassieren und damit alle diese Eigenschaften unter Druck setzen und schliesslich zerstören. In

²³ Selbst wenn die immobilen Faktoren allein für die Standortqualität zahlen, sind sie immer noch besser daran, als wenn sie darauf verzichten würden. Vgl. auch Kellermann (2002).

der 20/80-Gesellschaft werden Freiheit und Demokratie für die Masse bestenfalls noch formale Bedeutung, aber keinen wirklichen Realitätsgehalt mehr haben. Die gesellschaftlichen Konflikte werden den Rechtsstaat im allgemeinen und das staatliche Gewaltmonopol im besonderen zumindest partiell ausser Kraft setzen. Solidarität ist von den Reichen und Mobilen nicht zu erwarten. Angesichts der existenziellen Bedrohung eines jeden wird aber auch unter den Armen jeder nur für sich selber schauen und sorgen (können). Die Menschen werden eine leichte Beute politischer Scharlatanerie und Verhetzung. Die Demokratie geht zugrunde.

Das sind wohlbekannte Theoriefragmente : Verelendung, industrielle Reservearmee, Entfremdung, Konzentration, Übernahme des Staats durch das Kapital, Krisen. Nur die Pointe ist anders : Bei Marx erscheinen die Retter aus der Mitte des Proletariats und führen durch die Revolution in eine lichte Zukunft. Hier hingegen steht am Ende die faschistische Finsternis (MS 242). Ohne dass es deutlich gesagt würde, hört man mit seinem geistigen Ohr den flammenden Appell, dies mit allen (linken) Mitteln zu verhindern. Inwieweit ist die Globalisierungskritik nichts weiter als die geistige Wiederbewaffnung der Linken nach dem Debakel von 1989/90 ? Das ist die Frage, die man sich angesichts der unübersehbaren Parallelen zu früheren Argumentationen immer wieder stellt. Und wenn dem so wäre, stellt sich gleich die nächste Frage, ob denn die Schlachten von heute und morgen mit den Waffen von gestern und vorgestern gewonnen werden können.

Diese Fragen mögen hier offen bleiben. Stattdessen sollen wieder die Autoren selbst mit ihren Argumenten zu den gesellschaftlichen Folgen der Globalisierung zu Wort kommen.

"Ökonomisch ist die Weltmarktintegration hocheffizient. Aber bei der Verteilung des so erzeugten Reichtums arbeitet die globale Wirtschaftsmaschine mangels staatlicher Eingriffe alles andere als effizient, die Zahl der Verlierer übersteigt die der Gewinner bei weitem. Genau deshalb hat die bisher betriebene Politik der globalen Integration keine Zukunft." (MS 317)

"Der soziale Kitt, der Gesellschaften zusammenhält, ist brüchig geworden. Das heraufziehende politische Erdbeben fordert alle modernen Demokratien heraus." (MS 227)

"Die Preisgabe des Konzepts der wohlhabenden Volkswirtschaften, eine möglichst breite Mittelklasse mitverdienen zu lassen, ist begleitet von wachsendem sozialem Zerfall." (MSD 233) "Auch in weissen (amerikanischen) Mittelstandsehen (müssen) inzwischen beide Partner hart arbeiten, um annähernd jenen weltweit beneideten Lebensstandard zu erreichen, der in den siebziger Jahren noch selbstverständlich war." (MS 228) "Der An-

griff auf die gesamte Mittelklasse wird zu neuem, explosivem Zündstoff für ein Feuer, das sich ohnehin schon in weite Teile der weltführenden Gesellschaft (USA) hineingefressen hat" : Rassengegensätze, Drogenprobleme, Kriminalität, Niedergang der Schulen etc. (MS 233) "Selbst vom Abstieg bedroht, verwandeln sich friedliche Mittelschicht-Bürger in Wohlstands-Chauvinisten, die für Verlierer im Weltmarktroulette nicht mehr zahlen wollen". (MS 315)

Das Veränderungstempo überfordert die Menschen und destabilisiert ihre Lebenswelt (MS 249f.), insbesondere die Familien, die das Rückgrat des Mittelstands gewesen waren. (MS 234)

Nicht zuletzt hat die Globalisierung gravierende Folgen für die Kultur und damit für die geistige Einbettung und Orientierung der Menschen. Das zentrale Stichwort ist Vereinheitlichung von Information, Wünschen und Angeboten. Und das bedeutet für die grosse Mehrheit aller Menschen zugleich auch Entwurzelung von ihrer je volks- und schichtspezifischen Kultur. (MS 25ff.)

Es kommt zu einer generellen Entsolidarisierung und Desorientierung der Gesellschaft, zur Frustration der Massen, zur Kriminalität der Armen und zu Angst und Abkapselung der Reichen. (MS 234ff.) Jeder sorgt nur für sich und sieht den andern als potentiellen Konkurrenten oder Feind. Die Folgen sind Fremdenfeindlichkeit, Regionalismus, Separatismus und Nationalismus.

Auch wenn hier weiterhin vieles stark übertrieben und manches, so insbesondere das Verschwinden des Mittelstands, auch einstweilen falsch erscheint, machen zumindest einzelne der beschriebenen Tendenzen vielen Beobachtern *seit langem* Sorgen. Und gerade deswegen stellt sich die Frage, was davon auf die Globalisierung zurückzuführen ist. Beschleunigt und vollendet die Globalisierung nicht nur Entwicklungen, die seit der industriellen Revolution im Gang sind ? Und entwickeln sich nicht zugleich gerade in den fortgeschrittensten Ländern auch neue Lebens-, Gesellschafts- und Kulturformen, denen man die Gegenwarts- und Zukunftstauglichkeit nicht a priori und im voraus absprechen kann ?

4. Folgen für das politische System

Die düsteren Feststellungen und Prognosen der Autoren kulminieren in der Befürchtung eines Untergangs der Demokratie. Die Beschäftigungs- und Verteilungsfolgen der Globalisierung und die Unfähigkeit der laufenden demokratischen Politik, darauf zu reagieren, führen zu einer polarisierten und zerfallenden

Gesellschaft. Die Menschen verlieren den Glauben an die Demokratie. Es erweist sich nun, dass Marktwirtschaft und Demokratie nicht von selbst und schon gar nicht mit Notwendigkeit zusammenfinden und zusammenbleiben. Vielmehr besteht ein ausgeprägter Antagonismus zwischen den demokratischen und den ökonomischen Ko- und Subordinationsprinzipien. Nach jahrzehntelangen Klassenkämpfen, kulminierend in den zwanziger, dreissiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, gelang ihre Versöhnung erst im modernen Interventions- und Wohlfahrtsstaat à la Keynes und Beveridge, in dem die Priorität eindeutig der Demokratie zukommt, während die Marktwirtschaft nur eine instrumentelle Rolle spielt - soweit und solange sie nach dem Urteil der demokratischen Mehrheit zufriedenstellend funktioniert. Aus dieser dienenden Rolle ist die Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung wieder ausgebrochen. Damit ist der Konflikt zwischen dem demokratischen und dem ökonomischen Prinzip erneut voll entbrannt, und es muss befürchtet werden, dass die Demokratie dabei unterliegen wird.

"Marktwirtschaft und Demokratie sind keineswegs unzertrennliche Blutsbrüder, die einträchtig den Wohlstand für alle nähren. Vielmehr stehen die beiden zentralen Leitbilder der alten Industrienationen des Westens fortwährend im Widerspruch zueinander. (MS 311)

"Die Zähmung des Kapitalismus durch soziale und ökonomische Grundrechte war keine gnädige Wohltat, die man aufgeben kann, wenn es knapp wird. Sie war vielmehr die Antwort auf die schweren gesellschaftlichen Konflikte und das Scheitern der Demokratie in Europa der zwanziger Jahre." (MS 314) Ohne materielle Sicherheit gibt es keine Freiheit und keine Demokratie. (MS 314)

"Wenn sich der anarchische Druck, der von den integrierten Märkten ausgeht, politisch nicht mehr begrenzen lässt, müssen die Folgen eben repressiv bekämpft werden. Der autoritäre Staat wird die Antwort auf die Ohnmacht der Politik gegenüber der Ökonomie." (MS 291)

"Die staatlichen Haushalte unterliegen dem gleichen Abwärtssog wie die Einkommen der Bevölkerung. Zugleich nehmen in den hochorganisierten Industriegesellschaften die Anforderungen an den Staat eher zu als ab." (MS 282) "Erschöpfen sich die Regierungen aber darin, der Bevölkerung Opfer für einen Fortschritt abzuverlangen, der nur einer Minderheit zugute kommt, müssen sie mit ihrer Abwahl rechnen." (MS 317f.) Zugleich bemerkt die Bevölkerung, dass die Reichen nichts mehr an den Staat beitragen (MS 270ff.), sondern sich vielmehr durch Vergünstigungen aller Art für ihre blosse Anwesenheit belohnen lassen. (MS 276ff.) "So werden die Staaten schliesslich selbst zu Agenten der Umverteilung von unten nach oben." (MS 283)

Der demokratische Staat und sein Recht verlieren in den Augen vieler ihre Legitimation. Politische Unruhe und individuelle und organisierte Kriminalität sind die Folgen, auf die der Staat wiederum mit dem teuren und für die Demokratie gefährlichen Ausbau seines Repressionsapparats reagiert. (MS 285) Rechtspopulismus (MS 241), Autoritarismus (MS 244) und Fundamentalismus (MS 244) werden populär, und es entsteht eine präfaschistische Situation (MS 242). Die Demokratie dankt ab.

Eindrucksvoll, aber ohne jeden empirischen Beweis. Die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache. Es gab noch nie so viele Demokratien auf dieser Welt, und die rechten und linken Extremisten *zusammen* waren in fast allen Ländern kaum jemals so schwach wie gegenwärtig. Dass es Fluktuationen der Extremisten von links nach rechts und wieder zurück gibt, ist nichts Neues und auch nicht speziell beunruhigend. Beunruhigend wäre nur ein Anwachsen des Extremismus *insgesamt*; und davon ist nichts zu sehen. Seit Jahrzehnten lösen sich in den fortgeschrittenen Industrieländern gemässigt linke und gemässigt rechte Mehrheiten und Regierungen ab, verschleissen an der Macht, regenerieren sich in der Opposition und kommen wieder. Selbst unter prekären ökonomischen Verhältnissen haben sich fast alle zeitgenössischen Demokratien als erstaunlich stabil erwiesen, so insbesondere in vielen exkommunistischen Ländern.

Und möglicherweise ist das alles auch kein Zufall. Möglicherweise wird gerade die Globalisierung die Demokratie wieder glaubwürdiger machen und dadurch ihre Legitimität regenerieren, indem sie dem selbstsüchtigen Opportunismus der Politiker Grenzen setzt und sie zwingt, sich wieder mehr um die Interessen ihrer Wählerschaft zu kümmern.

IV. DIE SCHWELLENLÄNDER : KONKURRENTEN UND VORBILDER

In Bezug auf die Schwellenländer sind Martin und Schumann nicht sehr ausführlich und wenig argumentativ. Manches erscheint auch widersprüchlich. Jedenfalls wird deutlich, dass ihre Perspektive diejenige der reichen alten Industrieländer, insbesondere Westeuropas, ist, bzw. vielfach ganz einfach eine deutsche Perspektive mit dem Bestreben, der Globalisierung die Schuld für die deutsche Krankheit zuzuschieben.

Die Schwellenländer sind, *erstens*, die erfolgreichen Konkurrenten der alten Industrieländer. Als solche sind sie die grossen Profiteure der Globalisierung und geniessen nicht unbedingt die Sympathien der Autoren, für die, wie bereits erwähnt, Wettbewerb grundsätzlich ein Nullsummenspiel ist und die überdies der Meinung sind, dass der globale Wettbewerb nicht auf "faire" Weise ausgetragen wird.

Die Meinung, Wettbewerb sei ein Null-Summen-Spiel wurde bereits früher kritisiert. Dass diese Kritik berechtigt ist, zeigt sich u.a. daran, dass die schnell wachsenden heutigen Schwellenländer nicht nur Konkurrenten, sondern auch bereits wichtige Kunden der alten Industrieländer sind; und so ist es in den gut zweihundert Jahren seit der industriellen Revolution immer schon gegangen. Dass der Wettbewerb nicht fair sei, ist seit jeher - nicht nur inter-, sondern auch intranational - die Klage derjenigen, die in diesem Wettbewerb zu unterliegen drohen. Das nationale Recht ist mit der Anerkennung und Sanktionierung von angeblich unfairem Wettbewerb zunehmend vorsichtig und zurückhaltend geworden. Es wäre wohl gut, wenn sich die internationale Diskussion und Politik daran ein Beispiel nähme.

Der Boom der Schwellenländer hat, *zweitens*, intern auch seine Schattenseiten in der Form von Korruption, politischer Unterdrückung, Umweltzerstörung und Ausbeutung der Arbeiter. (MS 201) Im festen Glauben, dass Widersprüche durch Politik überwunden werden können, meinen die Autoren, durch Demokratisierung sowie ökologische und soziale Mindeststandards sowohl einen "fairen" Wettbewerb (zugunsten der alten Industrieländer) als auch die Beseitigung der internen Übel (in den Schwellenländern) erreichen zu können. (MS 205f.)

Tendenzen zur Demokratisierung ergeben sich nach allen Erfahrungen ohnehin als Folge erfolgreicher ökonomischer Entwicklung. Ob und wie der umgekehrte Weg - Demokratisierung zuerst und anschliessend Entwicklung - funktioniert, ist ausserhalb des Sonderfalls der exkommunistischen ostmitteleuropäischen Länder noch eine sehr offene Frage.²⁴

Das gilt a fortiori für die schlichte und nicht weiter begründete Behauptung ökologische und soziale Mindeststandards würden allen Ländern gleichermassen nützen. Womit sollen denn die Schwellenländer und erst recht die armen Länder konkurrieren, wenn nicht mit niedrigeren Faktorkosten? Gegen die Vermutung der Autoren spricht auch der vehemente Widerstand der Schwellenländer und der armen Länder gegen solche Mindeststandards, die sie als neuen Protektionismus der reichen Länder erleben. Im übrigen zeigt auch hier die Erfahrung, dass die sozialen und ökologischen Standards als Folge der ökonomischen Entwicklung schnell steigen. Sie *vor* der ökonomischen Entwicklung aufzuzwingen, dürfte aber heissen, das Pferd am Schwanz aufzuzäumen - aus sehr durchsichtigen Eigeninteressen der reichen Länder.

Drittens schliesslich interessieren sich Martin und Schumann für die Schwellenländer, weil diese nach ihrer Meinung einen eigenen und zwar nachahmenswerten Weg gefunden haben, mit der Globalisierung ohne schrankenlose Deregulierung, Privatisierung und Entstaatlichung umzugehen. (MS 197ff.)

²⁴ Vgl. dazu Barro/Slembeck (1995), Heckelman/Stroup (2000) und Adamovich (2001).

Das ist ein sehr interessanter Punkt. Es lohnt sich daher, einige direkte und indirekte Zitate dazu zu bringen :

"Wann immer ein weniger entwickeltes Land ohne gezielte Industrieförderung und den Schutz durch Zollschränken versucht, gegen die überlegene Konkurrenz aus den westlichen Industrieländern anzutreten, ist das Scheitern absehbar : Der Freihandel bedeutet letztlich lediglich die Durchsetzung des Rechts der Stärkeren." (MS 196f.)

"Die ungeschützte Integration von hoffnungsvollen, aber kapitalschwachen Entwicklungsländern in die Freihandelszonen der hochentwickelten Industrienationen (stiftet) mehr Schaden als Nutzen." (MS 197)

"Mit dem Laisser-faire-Kapitalismus der meisten OECD-Länder hat der asiatische Boom wenig gemein." Vielmehr ist er durch "massive staatliche Interventionen auf allen Ebenen des Wirtschaftsgeschehens" charakterisiert. (MS 199) Dabei ist das "Ziel", dass "die Regierungen ökonomisch souverän bleiben". (MS 200)

"So folgt die Globalisierung der Weltwirtschaft keineswegs einem einzigen, universalen Prinzip. Während die alten Wohlstandsländer den Rückzug des Staates propagieren und den Marktkräften immer grösseren Raum geben, praktizieren die neuen Aufsteiger das genaue Gegenteil." (MS 201)

Das Thema ist neben der Frage nach dem Nutzen der Entwicklungshilfe wohl das heisseste der Entwicklungsdiskussion der letzten fünfzehn Jahre.²⁵ Seine Wurzeln reichen jedoch sehr viel weiter zurück. Das Erziehungszollargument stammt von Friedrich List (1789-1846) und ist letztmalig in der Neuen Aussenhandels- und Wachstumstheorie wieder kontrovers diskutiert worden. Industriepolitik ist vom Merkantilismus über die Planwirtschaft bis hin zur planification française, zum japanischen Modell (MITI) und zum ganz gewöhnlichen Interventionismus ein kontroverses Thema gewesen, das neuerdings ebenfalls von der Neuen Wachstumstheorie wieder aufgenommen worden ist. Davon erfährt der Leser des Buchs allerdings nichts. Es wird ihm vielmehr suggeriert, dass hier nun endlich der Königsweg für Entwicklung in Zeiten der Globalisierung gefunden sei, der nun von jeder vernünftigen und gutwilligen Regierung beschritten werden könne und solle.

Es sei demgegenüber daran erinnert, dass selbst in Bezug auf Ost- und Südostasien bis auf den heutigen Tag sehr umstritten ist, welchen Entwicklungseffekt die staatlichen Aktivitäten tatsächlich gehabt haben. Nimmt man einmal an, der Effekt sei so positiv gewesen, wie die Autoren glauben, so stellt sich die weitere

²⁵ Vgl. zu beiden Themen Easterly (2001) und Kleinewefers (2002c).

Frage, ob dieses Modell nicht so stark kulturgebunden ist, dass es nicht transplantierbar ist. Und selbst wenn man die Transplantierbarkeit bejahte, würde sich die Frage stellen, ob dieses Modell nicht nur für eine bestimmte Phase des Entwicklungsprozesses (sog. nachholende Entwicklung) tauglich ist, anschließend aber den Übergang in die Phase der innovativen Entwicklung erschwert. Das Beispiel Japans, welches ja der von ganz Ost- und Südostasien nachgeahmte Vorläufer dieses Entwicklungstyps war, zeigt, dass diese Frage nicht unberechtigt ist. Und last but not least wird kein Wort darüber verloren, wie leicht der exportorientierte Protektionismus, wenn man das ost- und südostasiatische Modell einmal mit diesem paradoxen Namen charakterisieren will, in den rein importsostituierenden Protektionismus umschlagen kann, für den es in Südamerika, Indien, Afrika und selbst lange Zeit in Europa sehr viel mehr Beispiele gibt bzw. gab als für den exportorientierten Protektionismus. Was bewirkt die staatliche Interventions- und Protektionsmacht, wenn sie nicht von einem "guten" konfuzianischen Diktator und seiner selbstlosen Verwaltungselite gehandhabt wird? Im übrigen darf man nicht übersehen, dass der Staat in Südostasien zwar wirtschaftspolitisch ziemlich aktiv, ansonsten aber äusserst zurückhaltend und dementsprechend "schlank" ist.

V. ABGESCHRIEBENE DRITTE WELT

Die armen Länder spielen im Rahmen des Buchs eine zu vernachlässigende Rolle, und die angewandte Perspektive ist auch hier diejenige der reichen Industrieländer, die mit einer Mischung von Entsetzen und Abscheu, Paternalismus und Resignation auf denjenigen Teil der Menschheit schauen, der das Unglück hat, in diesen Ländern zu leben. Einen repräsentativen Überblick über die eigenen Debatten und Ansichten in der Dritten Welt über die Globalisierung wird man jedenfalls vergebens suchen.

Die Autoren begnügen sich damit festzustellen, dass die Globalisierung der Dritten Welt nichts gebracht habe. Entwicklung finde nicht statt. Hilfe gebe es seit jeher zu wenig; und die eigenen Probleme der hochentwickelten Länder liessen auch für die Zukunft nicht mehr Hilfe erwarten. Die Schulden stiegen. Bevölkerungsexplosion und ländliches Elend führten zu einem unkontrollierten Anwachsen von Megalopolen, deren explosive Situation jede langfristige Perspektive verunmögliche. Das Ergebnis seien Tribalismus, Separatismus und Nationalismus, kurz : ein Kampf aller gegen alle um die lebensnotwendigen Ressourcen sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Ländern. Mithin könne die Globalisierung offenbar nicht der Hoffnungsträger für die Entwicklung sein, als der sie oft dargestellt werde.

Dazu ist im wesentlichen folgendes zu sagen : *Erstens*, die Dritte Welt gibt es nicht. insofern sind Verallgemeinerungen über die Situation der armen Länder

und über die Wirkungen der Globalisierung auf die Dritte Welt mit der allergrössten Vorsicht zu betrachten. *Zweitens*, Entwicklung ist ein überaus komplexer Prozess, der von zahllosen Faktoren beeinflusst wird.²⁶ Die Globalisierung ist nur einer davon, und vermutlich bei weitem nicht der wichtigste. *Drittens*, angesichts des Protektionismus der reichen Länder gerade gegenüber den armen Ländern, könnte man mit einiger Überzeugungskraft die Meinung vertreten, dass es aus der Sicht der Dritten Welt nicht zu viel, sondern zu wenig Globalisierung gibt. Und *viertens* : Was geschähe wohl, wenn die armen Länder sich selbst vom Weltmarkt ausschliessen würden, wie es ihnen hier indirekt und unspezifiziert nahe gelegt wird ?²⁷

VI. DIE FOLGEN DER GLOBALISIERUNG FÜR DAS WELTSYSTEM

Für Martin und Schumann ist das Weltsystem bipolar. Es hat einen präsenten Akteur; das sind die Vereinigten Staaten bzw. ihre (als Einheit betrachtete) wirtschaftliche und politische Elite mit dem Zuzug der Reichen und Privilegierten aus dem Rest der Welt. Ausserdem gibt es noch einen latenten Akteur; das wäre ein handlungsfähiges (sozial- und öko-)demokratisches Europa. Relevant sind in der Welt also im Grunde nur die fortgeschrittenen reichen Industrieländer (ohne Japan !) und einige Anhängsel. Alle anderen Länder spielen eine rein passive Rolle. Das ist für ein Buch über Globalisierung eine erstaunliche Perspektive, zumindest wenn man es nicht gewöhnt ist, Weltpolitik als kapitalistische Verschwörung der Reichen gegen die Armen unter Zuhilfenahme der US-amerikanischen Macht zu betrachten.

"Globalisierung, verstanden als die Entfesselung der Kräfte des Weltmarkts und die ökonomische Entmachtung des Staates, ist für die meisten Nationen ein erzwungener Vorgang, dem sie sich nicht entziehen können. Für Amerika war und ist es ein Prozess, den seine wirtschaftliche und politische Elite willentlich in Gang gesetzt hat und aufrecht erhält." (MS 296) Es ist zwar möglich, "dass der sprichwörtliche amerikanische Pragmatismus schon in ein paar Jahren die Glaubenslehren der Marktradikalen genauso schnell verwirft, wie er sie 1980 zum Dogma erhoben hat". (MS 297) Aber vorläufig ist damit noch nicht zu rechnen (MS 320), was Europa die "historische Chance" eröffnet, autonom und mit eigenem Beispiel bei der Bremsung bzw. Demontage der Globalisierung voranzugehen. (MS 299 und 322ff.)

²⁶ Vgl. noch einmal Easterly (2001) und Kleinewefers (2002c).

²⁷ Die Weltbank kommt jedenfalls zu dem gegenteiligen Resultat, dass diejenigen Entwicklungsländer die grössten Fortschritte gemacht haben, die sich den Weltmärkten geöffnet haben. Vgl. World Bank (1996). Interessante theoretische Überlegungen zu diesem Thema finden sich bei Lutz (2000).

Denn es sind "keineswegs die armen Länder, die den Reichen (Ländern) den Wohlstand wegnehmen" (MS 211), sondern deren eigene Konkurrenz untereinander (MS 210). Von beidem profitieren "die Privilegierten in Nord und Süd, also Vermögende ... und Hochqualifizierte, denen die Globalisierung ... auf Kosten der übrigen Bevölkerung einen immer grösseren Teil des weltweit erwirtschafteten - und wachsenden - Wohlstands einbringt." (MS 211) Dieser "Verteilungskampf" ist "so alt wie der Kapitalismus selbst". (MS 212)

Markttheoretisch gesprochen, ist die Welt also ein vorläufig unbestrittenes Teilmonopol, aus dem, wenn Europa erwacht, ein ebenso unbestrittenes Teilduopol werden könnte. Dem könnte z.B. die Vorstellung der Welt als bestreitbares Teiloligopol mit vorläufiger Marktführerschaft der Vereinigten Staaten gegenübergestellt werden, ein sehr viel komplexeres Modell, das dementsprechend weniger einfache und deterministische Aussagen zuliesse.

Im übrigen ist nach Meinung der Autoren der Gesamtzustand der Welt schlecht und wird sich weiter verschlechtern. (MS 25ff.) "Nicht Aufstieg und Wohlstand, sondern Verfall, ökologische Zerstörung und kulturelle Degeneration (bestimmen) zusehend den Alltag der Mehrheitsmenschheit." (MS 47) Die 20/80-Gesellschaft ist im Weltmassstab längst realisiert. (MS 47) Die Not der Massen führt zu Konflikten und riesigen Migrationen mit weiteren Konflikten. Globalisierung bedeutet Zersplitterung und Kampf aller gegen alle.

Das Mindeste, was man dazu sagen kann, ist, *erstens*, dass über diese Diagnose alles andere als Einigkeit besteht, und *zweitens*, dass wir das alles im ersten Bericht des 1968 (!) gegründeten Club of Rome²⁸ und der anschliessenden Debatte schon einmal gehört haben. In den seither verflossenen dreissig Jahren ist die Welt insgesamt und sind auch fast alle Länder und darin jeweils nicht nur die Reichen tatsächlich wohlhabender geworden;²⁹ und diejenigen, die es nicht wurden, erlitten dieses Schicksal nicht wegen der Globalisierung, sondern weil sie sich - aus welchen Gründen auch immer - der Globalisierung verschlossen.³⁰

²⁸ Meadows (1972).

²⁹ Vgl. Dollar/Kraay (2000).

³⁰ Vgl. Dollar/Kraay (2001).

VII. VORSCHLÄGE DER GLOBALISIERUNGSKRITIKER ODER : FESTUNG EUROPA

Angesichts der düsteren Szenarien erwartet der Leser des Buchs mit Recht Vorschläge, wie denn die Übel abgewehrt oder gemildert werden könnten.

"Wie viel, genauer, welche Art von Freiheit ist auf dem bald mit acht Milliarden Menschen bewohnten blauen Planeten noch möglich ? Welches sind die Regeln, welches die Gesellschaftsformen, mit denen die Umwelt-, Ernährungs- und Wirtschaftsprobleme bewältigt werden können ?" (MS 46)

Die im Buch zum Teil verstreuten und zum Teil am Schluss noch einmal zusammengefassten Empfehlungen der Autoren sind im wesentlichen die Folgenden, wobei durchwegs davon ausgegangen wird, dass es Europa sein wird bzw. soll, welches diese Vorschläge in die Tat umsetzt :

- Ablösung von der amerikanischen Dominanz (MS 322)
- gemeinsames Geld in Europa (MS 332)
- gemeinsame Währungs-, Finanz- und Steuerpolitik, insbesondere Trockenlegen der Steueroasen (MS 223 und 332) und dann höhere Besteuerung der Reichen (MS 319f. und 332), Einführung einer Luxussteuer (MS 334), Beendigung der Steuerkonkurrenz zugunsten der Unternehmungen und der Reichen (MS 332)
- gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere Trennung der Finanzierung des Sozialstaats vom Einkommen der Beschäftigten (MS 333)
- ökologischer Umbau (MS 327), insbesondere ökologische Steuerreform (MS 221, 319 und 333) und Verteuerung der Rohstoffe (MS 222, 319 und 333)
- mehr Staatsausgaben für Gesundheit, Bildung, Ökologie und Städte (MS 222 und 320)
- Stopp der Deregulierung und Privatisierung (MS 334)
- soziale und ökologische Mindeststandards im internationalen Handel (MS 333)
- Kapitalverkehrskontrollen und Besteuerung des Kapitalverkehrs (Tobin-Steuer) und der Kredite an Auslandsbanken (MS 223, 319f. und 332f.)
- Umverteilung zugunsten der Dritten Welt (MS 327 und 333)
- globale Kooperation für Frieden, Ökologie und zur Kontrolle der Finanzmärkte und der Transnationalen Konzerne (MS 219ff.)

Damit es allerdings zur Realisierung dieser Vorschläge kommen kann, muss Europa erst einmal handlungsfähig werden. "Die Rückgewinnung der politischen Handlungsfähigkeit, die Wiedergewinnung des Primats der Politik über

die Wirtschaft ist daher die zentrale Zukunftsaufgabe." (MS 223) Auf der europäischen Ebene dienen dazu folgende Empfehlungen :

- Homogenisierung Europas durch Hinauswurf Grossbritanniens (MS 307f.)
- Abkehr vom Prinzip der Einstimmigkeit (MS 306)
- Stärkung und Europäisierung der Bürgergesellschaft (MS 331)
- Bildung europäischer Gewerkschaften (MS 334)

Als Gegenmacht (Galbraith 1956) zu den USA soll Europa also als einheitlicher, demokratischer Sozial- und Ökostaat entstehen, der seine Integration in die Welt nach den eigenen Bedürfnissen reguliert und nach innen wie nach aussen mit umfassenden Interventionskompetenzen ausgestattet ist. Zurück also zum Wohlfahrts- und Interventionsstaat à la Beveridge und Keynes, nunmehr auf europäischem Niveau und ökologisch angereichert.

Aber das hatten wir schon und haben es teilweise noch. Wäre es nicht sinnvoll, die Probleme und das mindestens partielle Scheitern dieses Modells vorurteilslos etwas näher zu untersuchen, bevor man uns empfiehlt, rückwärts in die Zukunft zu gehen ?

VERZEICHNIS DER ZITIERTEN LITERATUR

I. Baron Adamovich, Die Wachstumsdiktatur : ein seltenes institutionelles Arrangement, List Forum, Bd. 27, 2001, S. 139-157.

S. Arvanitis et al., Die Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft. Ausmass, Motive, Auswirkungen, Zürich 2001.

G. Aschinger, Währungs- und Finanzkrisen. Entstehung, Analyse und Beurteilung aktueller Krisen, München 2001.

J. Attali, The Crash of Western Civilization. The Limits of the Market and Democracy, Foreign Policy, Summer 1997, S. 54-64.

D. Aufderheide und M. Dabrowski (Hrsg.), Internationaler Wettbewerb - nationale Sozialpolitik ? Berlin 2000.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 63. Geschäftsbericht, Basel 1993, S. 201-220.

R.J. Barro und T. Slembeck, Demokratie : Ursache oder Folge von Wachstum ? Schweizer Monatshefte, Bd. 75, 1995, S. 28-33.

- N. Berthold, *Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung*, Tübingen 1997.
- J. Bhagwati, *Free Trade Today*, Princeton, New Jersey and Oxford 2002.
- A. Bohnet und M. Schratzenstaller, *Gewinner und Verlierer der Globalisierung aus (intra-)nationaler Sicht*, List Forum, Bd. 27, 2001, S. 1-21.
- M. Bordo and B. Eichengreen (eds.), *A Retrospective on the Bretton Woods System*, Chicago 1993.
- L. Bretschger and F. Hettich, *Globalisation, capital mobility and tax competition : theory and evidence for OECD countries*, *European Journal of Political Economy*, Vol.18, 2002, S. 695-716.
- D. Dollar and A. Kraay, *Growth is good for the Poor*, mimeo, World Bank, 2000.
- D. Dollar and A. Kraay, *Trade, Growth, and Poverty*, mimeo, World Bank, 2001.
- W. Easterly, *The Elusive Quest for Growth. Economists' Adventures and Misadventures in the Tropics*, Cambridge (Mass.) 2001.
- The Economist, *Globalization and Tax. Survey*, January 29th 2000.
- B. Eichengreen, *European Monetary Unification*, *Journal of Economic Literature*, Vol. 31, 1993, S. 1321-1357.
- R. Fehn, *Der strukturell bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa*, Baden-Baden 1997.
- R. Fehn und E. Thode, *Globalisierung der Märkte - Verarmen die geringqualifizierten Arbeitnehmer ?* *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 1997, S. 397-404.
- J.K. Galbraith, *The American Capitalism. The Concept of Countervailing Power*, 2nd ed., Boston 1956.
- A. Gorz, *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt 1980.
- P. de Grauwe, *The Economics of Monetary Integration*, 2nd ed., New York 1994.
- J.J. Heckelman and M.D. Stroup, *Which Economic Freedoms Contribute to Growth ?* *Kyklos*, Vol. 53, 2000, S. 527-544.

K. Kellermann, Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen fortschreitender Globalisierung und der Besteuerung mobiler Faktoren nach dem Äquivalenzprinzip, Bern 2002.

H. Kleinewefers, Reformen für Wirtschaft und Gesellschaft. Utopien, Konzepte, Realitäten, Frankfurt 1985.

H. Kleinewefers, Globalisierung, Freiburg 2002a.

H. Kleinewefers, Globalisierungskritik II : Die internationale Wirtschaftspolitik und die armen Länder. Am Beispiel des Buchs "Die Schatten der Globalisierung von Joseph Stiglitz, Freiburg 2002b.

H. Kleinewefers, Wirtschafts- und entwicklungspolitische Implikationen der vier Ansätze der Wachstumstheorie, Freiburg 2002c.

M. Lutz, Was verspricht die Globalisierung für die Niedrigeinkommensländer ? Department of Economics, University of St. Gallen, Discussion paper 2000-20.

H.-P. Martin und H. Schumann, Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek 1998.

D. Meadows, Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.

OECD, Employment Outlook, 2001.

H. Pitlik, Internationaler Ordnungswettbewerb und nationaler Umverteilungskampf, List Forum, Bd. 25, 1999, S. 12-22.

F.W. Scharpf, Globalisierung als Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik (mit Kommentaren von Kirchgässner und Prosi), in : Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, 17. Band, Tübingen 1998.

G.G. Schulze and H.W. Ursprung, Globalisation of the Economy and the Nation State, The World Economy, Vol. 22, 1999, S. 295-352.

H. Siebert, Disziplinierung der nationalen Wirtschaftspolitik durch die internationale Kapitalmobilität, in : D. Duwendag, Finanzmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung, Regulierung und Geldpolitik, Berlin 1998.

H.-W. Sinn, Das Selektionsprinzip und der Systemwettbewerb, in : St. Homburg et al., Fiskalföderalismus in Europa, Berlin 1997, S. 9-60.

H.-D. Smeets und M. Möller, Zur Krise des Europäischen Währungssystems, List Forum, Bd. 20, 1994, S. 226-243.

J. Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002.

E. Weede, Ist der Markt oder ist der Sozialstaat ein ausbruchsicheres Gefängnis ? List Forum, Bd. 23, 1997, S. 335-347.

World Bank, Global Economic Prospects and the Developing Countries, Washington 1996.

Bisher in dieser Reihe erschienene Hefte

- Henner Kleinewefers, Das letzte Jahr der DDR, 75 S., 1990
- Henner Kleinewefers, Das Ende der Sowjetunion, 57 S., 1991
- Henner Kleinewefers, Rumänien, 121 S., 1992
- Henner Kleinewefers, Aufsätze zur schweizerischen Agrarpolitik, 118 S., 1992
- Pia Stebler, Studienverlauf an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, 105 S., 1992
- Henner Kleinewefers, Die Löhne an der Universität Freiburg, 38 S., 1993
- Pia Stebler (unter Mitarbeit von Claus Bornholt), Studienabbruch an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, 106 S., 1993
- Bruno Jeitziner und Henner Kleinewefers, Dualismus, Pluralismus oder Monismus der Steuerungssysteme? 38 S., 1994
- Pia Stebler, Überlegungen zur Studienreform an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg aus theoretischer und praktischer Sicht, 67 S., 1994
- Jens Schadendorf, Take-Off Prozesse in Ostasien, 96 S., 1995
- Henner Kleinewefers, "Verwesentlichung" der Politik durch Einschränkung der direkten Volksrechte ? 49 S., 1995
- Bruno Jeitziner, A Reaction Function Study for the Swiss National Bank, 74 S., 1995
- Henner Kleinewefers, Freiburg: Die neue Stagnation, 60 S., 1995
- Bruno Jeitziner, Deficits and Money Growth: Empirical Evidence For Switzerland, 38 S., 1995
- Henner Kleinewefers, Der Verfassungsentwurf 1977 - Ein Beitrag zur Vernehmlassung aus ökonomischer Sicht, 24 S., 1996 (Nachdruck von 1977)
- Henner Kleinewefers, Der Verfassungsentwurf 1995 - Ein Beitrag zur Vernehmlassung aus ökonomischer Sicht, 53 S., 1996
- Bruno Jeitziner, Elections and Monetary Policy: Is there a Political Monetary Cycle for Switzerland? 28 S., 1996
- Bruno Jeitziner, The Executive Central Bank Relationship: The Case of Switzerland, 53 S., 1996
- Henner Kleinewefers, Neue Warnsignale für die Freiburger Wirtschaft - Antworten an die Kritiker des Berichts von 1995, 27 S., 1996
- Bruno Jeitziner, Legislative Influence on Monetary Policy? The Case of Switzerland, 70 S., 1996
- Henner Kleinewefers, Erfolgsbedingungen regionaler Entwicklung - Kritisches und Konstruktives zur kantonalen Wirtschaftsförderung, 29 S., 1997
- Bruno Jeitziner and Tobias Hohl, Measuring Political Preferences: Ratings for Members of the Swiss National Council, 35 S., 1997
- Tobias Hohl und Bruno Jeitziner, Parlamentarierratings 1975 - 1995, 116 S., 1997

- Henner Kleinewefers, Die Freiburger Wirtschaft am Ende der Neunziger Jahre: Zurück zum Start, 33 S., 1997
- Bruno Jeitziner und Andreas Spieler, Parlamentarierratings 1996, 35 S., 1997
- Peter Beez, Wachstumsförderliche wirtschaftspolitische Maßnahmen – Zusammenstellung in Anlehnung an die Weltbankstudie "The East Asian Miracle" 1993, 49 S., 1997
- Peter Beez und Niklaus Mäder, Wie kommt es zu erfolgreichen volkswirtschaftlichen Reformen? - Vorschlag eines ökonomischen Rasters, 31 S., 1997
- Henner Kleinewefers, Kaufkraft, Wirtschaftskraft und Bevölkerungsveränderungen - Systematik und Empirie am Beispiel des Kantons Freiburg, 27 S., 1998
- Henner Kleinewefers, Neue und Revidierte Daten über die Freiburger Wirtschaft, 39 S., 1999
- Henner Kleinewefers, Hayek und die Demokratiereform, 25 S., 1999
- Pascale Güllner, Small and Medium Sized Business Networks in Taiwan, 49 S., 1999
- Tobias Hohl und Bruno Jeitziner, Parlamentarierratings 1997-1998, 39 S., 1999
- Henner Kleinewefers, Nach der Konsolidierung die Reform: Wünsche für die Zukunft der schweizerischen Bundesverfassung, 42 S., 1999
- Henner Kleinewefers, Die Freiburger Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2000: Licht am Ende des Tunnels? 25 S., 2000
- Henner Kleinewefers, Staatsversagen, Verwaltungsversagen und New Public Management, 46 S., 2000
- Bruno Jeitziner und Tobias Hohl, Parlamentarierratings 1999 - 2000, 45 S., 2000
- Ivan Baron Adamovich und Gerald Hosp, Fiscal federalism for emerging economies: lessons from Switzerland?, 24 S., 2001
- Henner Kleinewefers, Methodologische und theoretische Überlegungen zu David S. Landes' "Wohlstand und Armut der Nationen", 11 S., 2002
- Henner Kleinewefers, Wirtschafts- und entwicklungspolitische Implikationen der vier Ansätze der Wachstumstheorie, 29 S., 2002
- Henner Kleinewefers, Globalisierungskritik I: Die Ängste der reichen Länder - Am Beispiel des Buchs "Die Globalisierungsfalle" von Martin und Schumann, 26 S., 2002
- Henner Kleinewefers, Globalisierungskritik II: Die internationale Wirtschaftspolitik und die armen Länder - Am Beispiel des Buchs "Die Schatten der Globalisierung" von Joseph Stiglitz, 33 S., 2002.